

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk.
ohne Post- und Gebühre. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Postan-
stalten. Geschäftsstelle Berlin S. 69,
Urbanstr. 63 I. Fernr.: Wppl. 9853.

Einzelgenpreis
die biergelbaltene Beilage 50 Pf.;
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Stammesbeile 30 Pf.; Beilags-
angelegenheiten 20 Pf. Der Ein-
zelgenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 51.

Berlin, den 15. Dezember 1918.

34. Jahrgang.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Den Kassierern der Zahlstellen und Kasse sind in den letzten Tagen zugesandt worden:

1. Formulare für Zusammenstellung lokaler Einnahmen und Ausgaben 1918.

2. Formulare für Zuschuß aus der Verbandskasse.

3. Datumzeiger für 1919.

4. Quittungsformulare für Weihnachtunterstützung an Soldaten.

Sollte die Sendung bis zum 18. Dezember irgendwo nicht eingetroffen sein, ersuchen wir um diesbezügliche Mitteilung.

Verbandsstatuten können aus technischen Gründen nicht in dem Umfange zum Versand gebracht werden, wie sie von den einzelnen Orten bestellt werden. Wir werden einen Auszug aus dem Statut herstellen lassen und diesen, der zwei Blatt umfassen wird, versenden.

Der Vorstand.

Allgemeine Arbeitspflicht. *)

Sozialismus heißt in wirtschaftlicher Beziehung die Bedienung und höchstmögliche Ausbildung aller Produktionsmittel. „Es muß produziert werden!“ ist abgesehen davon, heutzutage um so mehr das höchste Gebot, als wir ein armes Volk geworden sind und alles Suchen nach den Schuldigen an diesem Zustand uns nicht über die Notwendigkeit hinweghilft, zur Erhaltung unseres nackten Lebens, zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und einer besseren Zukunft alles daranzusetzen, wieder Güter, Verbrauchsgüter für das tägliche Leben, für den in- und ausländischen Markt zu erzeugen.

Die politische Revolution hat fast unblutig gestiftet, dank der Macht der proletarischen Elemente in Meer und Staat. Der politischen Revolution muß die soziale Revolution, d. h. die Umgestaltung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse, folgen. Das ist eine glatte Selbstverständlichkeit, über die nicht gestritten zu werden braucht. Denn der Besitz politischer Rechte allein sichert noch nicht vor wirtschaftlicher Ausbeutung, wie die Geschichte bürgerlicher Republiken zur Genüge lehrt.

Doch weit schwieriger als die politische ist die wirtschaftliche Revolution. Als die französischen Bourgeois mit Hilfe der Pariser Arbeiter die Bastille gestürmt hatten, da tanzten sie vor Freude über den errungenen Sieg. So gut haben es die Proletarier nicht. Denn für sie beginnt nunmehr erst die eigentliche Arbeit, der Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Das ist weit schwieriger als der Uebergang von der feudalen zur bürgerlichen Ordnung, weil beide auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhen, während die Um-

wandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum eine Riesenaufgabe bedeutet, die erst allmählich in organischem Wachstum bewirkt werden kann. Schwer würde es sich an der Arbeiterklasse rächen, wollte sie diesen Wachstumsprozess durch gewaltsame Eingriffe treibhausmäßig zu erzwingen trachten. Zumal Deutschland ringsherum, abgesehen von der auf Irwegen wandelnden russischen bolschewistischen Republik, von kapitalistischen Staaten umgeben ist, die die Rohstoffquellen der Welt beherrschen.

Deutschland ist besetzt und durch harte Waffenstillstandsbedingungen seiner hauptsächlichsten Produktionsmittel beraubt, und ein ebenso harter Friede steht zu erwarten, der wichtige Ueberflusgebiete an Lebensmitteln und natürlichen Erbschätze an Mineralien, wie Kohle, Kali und Eisenerzlager, von Deutschland abtrennen wird.

Schon in Vorkriegszeiten mußte Deutschland jährlich gegen rund vier Milliarden Mark an Lebens- und Futtermitteln einführen, um seine wachsende Bevölkerung zu ernähren. Dazu kamen (1913) Rohstoffe im Werte von 5003 Millionen Mark, der nur eine Rohstoffausfuhr von 1518 Millionen Mark gegenüberstand. Halbfertige Waren führten wir für 1230 Millionen Mark ein, wogegen wir für 1130 Millionen Mark ausführten. Fertige Waren dagegen führten wir nur für 1478 Millionen Mark ein, denen eine Ausfuhr von 6369 Millionen Mark gegenüberstand. Mit dem Ueberflus an ausgeführten Fertigfabrikaten bezahlten wir also zum wesentlichen Teile den Ueberflus an eingeführten Lebens- und Futtermitteln und Rohstoffen. Das fehle uns in den Stand, unsere arbeitende Bevölkerung zu ernähren und die Auswanderung von Jahr zu Jahr zu vermindern.

Gefügt es uns daher nicht, unsere Produktion zu steigern, so gehen wir einer Hungersnot entgegen und Hunderttausende unserer proletarischen Brüder und Schwestern sowie deren Kinder müssen das harte Brot des Exils in fremden Ländern essen. Was das für sie bedeutet, mögen wir an dem flammenden Dach erkennen, der uns in allen feindlichen Ländern, wo die kapitalistische Bourgeoisie herrscht, entgegenlobet!

Man hofft auf die Zufuhr von Lebensmitteln aus den Ländern des Vielverbandes; auch wir wollen diese Hoffnung nicht aufgeben, weil andernfalls selbst nach dem Urteil von linksradikalen Sozialisten dem deutschen Volke, und unter ihm besonders den arbeitenden Schichten, die blanke Hungersnot alsbald bevorstünde.

Wie stellt man sich aber eigentlich diese Hilfe vor der Hungersnot vor?

Glaubt man etwa, die feindlichen Regierungen werden uns um Gotteslohn mit Lebensmitteln versorgen oder ihre profitlüsterne Kapitalisten werden uns ohne Eigennutz das geben, was wir notwendig brauchen? Mit nichten! Denn wir werden alles, was wir bekommen sollten, auf Heller und Pfennig und mit Zins und Zinseszinsen bezahlen müssen.

Womit aber bezahlen? Etwa mit unserem entwerteten Papiergeld? Darauf werden sich die ausländischen Kapitalisten nicht einlassen. Papiergeld bildet an sich keinen Wertgegenstand, sondern Papiergeldscheine sind Schuldtitel. Einem Schuldnerorgt und verkauft man aber dann nur etwas, wenn er

handgreifliche Werte aufzuweisen vermag, die eine Bezahlung seiner Schulden gewährleisten.

Daher muß produziert werden, um möglichst schnell wirkliche Werte zu schaffen! Helft alle mit, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, um solche Werte durch eurer Hände Arbeit hervorzuheben! Sonst wird es sich fürchterlich an euch und euren Kindern rächen, sonst wird es euch unmöglich sein, euch zu einer höheren Lebenshaltung emporzuarbeiten, für euch und eure Kinder an allen Genüssen des Lebens und der Kultur teilzunehmen. Ihr habt euer Schicksal in der Hand und daher dürft ihr nicht den unverständigen Ratichlägen vielleicht wohlmeinender, aber falscher Propheten folgen, die da meinen, ihr brauchtet nur einen unausgesetzten Druck auf die deutschen Kapitalisten auszuüben, um alles von ihnen zu erlangen, was ihr braucht.

Das ganze deutsche Volk wird hart zu arbeiten haben, um sich aus den durch den Krieg und die ihm auferlegten harten Waffenstillstandsbedingungen entstandenen Nöten wieder emporzuarbeiten. Keiner darf sich dieser Pflicht entziehen; auch die Kapitalisten und Leiter unserer Wirtschaftsbetriebe nicht, ganz gleich, ob sie in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe sich betätigen. Ihre Kriegsgewinne sollen ihnen zum Vorteil des ganzen Volkes abgenommen und ihre Vermögen und hohen Einkommen sollen ihnen nach Möglichkeit beschritten werden. Am besten werden sie ihre Arbeitskraft in ihrem bisherigen Wirkungsfeld betätigen können, sofern sie dazu fähig sind und nicht lediglich ein nichtstuhendes Dasein geführt haben.

Deutschlands Volkswirtschaft war durch tausend Jaden mit der Weltwirtschaft verknüpft und wird sie wieder aufnehmen gezwungen sein, aus Gründen, die bereits oben dargelegt worden sind. Einschaltend sei bemerkt, daß für die graphischen Gewerbe im letzten Friedensjahre 1913 eine Ausfuhr im Werte von 227 Millionen Mark in Betracht kam. Hierzu gehört Sachkenntnis, die denjenigen naturgemäß mehr eigen sein muß, welche infolge ihrer geschäftlichen Beziehungen sie zu pflegen gezwungen waren, als jenen, die damit nichts zu tun hatten. Man kann von einfachen Arbeitern nicht verlangen, solche Kenntnisse zu besitzen. Ihnen ist erklärlicher Weise nicht oder doch nur ungenügend bekannt, welche Waren im Auslande besonders Absatz zu erlangen vermögen, wie die Bedürfnisse und die Geschmacksrichtung in den verschiedenen Ländern sich äußern, mit welchen Geschäftshäusern man am vorteilhaftesten Verbindungen anknüpft, wie die Verkehrsverhältnisse liegen, welche Handelsverträge und Zollbedingungen für die verschiedensten Waren in Betracht kommen, wo am besten und billigsten die Rohstoffe zu erlangen sind und dergleichen Dinge mehr. Ihnen, den Arbeitern, fehlen auch durchweg die Sprachkenntnisse, um den Weltverkehr zu pflegen. So liegen doch die Dinge in Wirklichkeit, und zum Wiederaufblühen des deutschen Handels ist es daher durchaus notwendig, sachkundige Unternehmer an ihren bisherigen Plätzen zu lassen, immer in der Voraussetzung, daß die freiheitliche Gestaltung der neuartigen Verhältnisse genug Sandhaben bietet, um eine Kontrolle der Unternehmer zum Nutzen der Gesamtheit ausüben zu können.

Der Sozialismus läßt sich nicht treibhausmäßig züchten. Man kann wohl einzelne Pflanzen und Bäume unter Glasdächer setzen und sie in erwärmerter

*) Wir verweisen hierbei auf die im Berliner Vorwärtsverlag erschienene kleine Flugchrift gleichen Titels, die als „ein Mahnwort an Volk und Regierung“ zur Massenverbreitung wegen ihres billigen Preises (15 Pf.) und sachlichen Inhalts sehr geeignet ist und zur Klärung beitragen wird. Der vorstehende Aufsatz folgt dem Gedankengang jener Flugchrift.

Duft zur schnelleren Entwicklung bringen, nicht aber die ganze deutsche Landwirtschaft, nicht die ganze deutsche Industrie mit allem, was drum und dran hängt. Das vermag nur die unausgelebte organisierte Arbeit, die sich der gesellschaftlichen Ordnung unterwirft. Ordnung und Unterordnung bedarf auch der weitaufsteigende Baum des Sozialismus, soll er gedeihen und reiche Früchte tragen. Niemals sind die Bahndreher des Sozialismus für eine Unordnung, sondern wohlgerichtet stets für eine sozialistische Gesellschaftsordnung eingetreten. Das wollen auch unsere Genossen und Genossinnen sich tief in ihr Herz und ins Gehirn einprägen. Dann sind sie gefeit gegen Verleumdungen, die eine ungezügelte Freiheit auf der einen, aber Diktatur und Schreckensherrschaft auf der anderen Seite verkünden.

Weitgehende sozialpolitische Forderungen haben die deutschen Gewerkschaften aufgestellt, unseren Kriegsverletten soll eine freundliche Zukunft bereitet, für die Witwen und Waisen unserer tapferen gefallenen Arbeitsbrüder soll möglichst gut gesorgt werden. Alle diese Ausgaben erfordern riesige Mittel, die nur durch den Fleiß des ganzen Volkes, nicht aber etwa durch ein noch so raffloses Arbeiten der Papiergeldpresse aufgebracht werden können. Die Papiergeldpresse ist geduldig und kann ungeheure Mengen Papiergeld auspeilen, aber sie vermag keine wirklichen Werte, Wohnungen, Kleider, Nahrungsmittel und Heilmittel, Krankenhäuser, Erholungsheime, Ferienstätten für Kinder und Erwachsene, Schulhäuser und dergleichen mehr zu schaffen. Das alles müssen wir, die Arbeiter und Arbeiterinnen, anzufertigen und bemühen; dazu müssen wir auch alle Kleinrentner und Angestellten heranziehen nach dem Maß ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten. Keiner darf sich dieser nationalen Arbeitspflicht entziehen.

Nur so erhalten wir uns die durch die Revolution errungenen Freiheiten, nur so ebnen wir den Weg in eine bessere Zukunft.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 3. Dezember 1918 fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt. An erster Stelle war die Beratung des Statutenentwurfes für die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften vorgesehen. Die Konferenz wünschte aber zunächst eine allgemeine Aussprache über die gegenwärtige Lage und den Einfluss der Gewerkschaften. Während Baepkow eine Zurückhaltung der Arbeitsgemeinschaft wünschte, bis der Einfluss der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete sichergestellt sei, erklärte Legien, daß die Lage im Reich sich bereits kläre und daß die Gewerkschaften sich nicht ausschalten lassen dürfen, denn sie seien notwendig, sowohl für die Regelung der Arbeitsverhältnisse als auch für die Regelung und Sozialisierung der Produktion. Auch Liebknecht habe 1888 in seiner Vieseler Rede gesagt: Wir brauchen die Gewerkschaften für die Sozialisierung und wir müssen sie schaffen, wenn wir sie nicht hätten.

H. Schmidt unterbreitete den Entwurf einer Kundgebung und schildert die sinnlosen Eingriffe aller möglichen Mächte in die Nahrungsmittelversorgung. In der Zucker- und Mühlenindustrie werde der Dreischichtenbetrieb verboten und damit die Ausnutzung der Produktionsmittel unterbunden. In der Seefischerei habe der Transportarbeiter-Verband einen Kartellvertrag mit Mitten Wohnhäuser abgeschlossen. Jetzt verlangen die Arbeiter der Fischerfahrzeuge 350 Mk. Lohn und Fanganteil, wodurch die Fischer Versorgung ungebührlich erschwert werde. Ein sogenannter Reichsmarinemat hindert die Reparatur und das Ausfahren der Handelschiffe, um einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben. In den einzelnen Orten werde der Nahrungsmittelverkehr schlimmer unterbunden als in der Landwirtschaft während des Krieges. Wir dürfen nicht mehr schweigen, sonst macht man uns für diese Zustände mitverantwortlich. Die Sozialisierung der Produktion werde uns vor harte Aufgaben stellen, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir nicht ruffischen Zuständen entgegen-treten wollen.

Baepkow glaubt, daß der Einfluss der Gewerkschaften in den Betrieben doch arg erschüttert sei und man müsse ihn erst einmal wiederherstellen, ehe man sich mit den Arbeitgebern über die gemeinsamen Fragen verständige. Einer Kundgebung, wie Schmidt sie verlangte, stimmte er zu. Lum erklärte, daß das Material von H. Schmidt erheblich vermehrt werden könnte. In Köpenick, einer Gemeinde von 30000 Einwohnern, wurde die Besoldung von 200 Soldaten mit je 10 Mk. pro Tag

für die öffentliche Sicherheit verlangt. Die Parteipresse, auch den „Vorwärts“, habe leider nicht den Mut, die Massen auf die Unhaltbarkeit dieser Zustände hinzuweisen. Stähler bezeichnete als Hauptursache der Verwirrung nicht die Arbeiter- und Soldatenräte, sondern die vielen Agitationsveranstaltungen der Unabhängigen und Spartakusrichtung, in denen offen erklärt werde, daß nicht Ruhe und Ordnung, sondern Unruhe und Auflösung ihr Ziel seien. Daß sich Dinge, wie sie hier vom Reichsmarinemat geschildert wurden, ereignen können, liege nur an der mangelnden Einheitslichkeit der Reichsregierung.

Staatssekretär Bauer hielt die Sozialisierungsversuche nicht für so tragisch. In der Regel kommen sie nur vor, wo die Fabrikleitungen versagen und den Arbeitern die Löhne nicht auszahlen. Nach ruhiger Verhandlung sind solche Versuche fast stets rückgängig gemacht worden. Die Gewerkschaften sollen sich nur nicht durch die hochgehenden Redebogen einschüchtern lassen. In einigen Wochen werden wir uns zu ruhigen Umständen durchgerungen haben. Auch in Berlin habe man den Gewerkschaften die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben übertragen. Ein Weichentwurf sei in Vorbereitung, wonach die gewerkschaftlichen Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen als Grundlage anerkannt und mit Gewerkschaften ausgestattet werden sollen. Er werde in nächster Woche als Gesetz veröffentlichen. Der Achtstundentag sei etwas übereilt vereinbart, ohne die im öffentlichen Interesse notwendigen Ausnahmen festzustellen. Die Gewerkschaften müssen ruhig weiterarbeiten, damit der völlige Zusammenbruch verhütet werde. Urban war mit dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaft einverstanden, doch bestanden Bedenken gegen die Teilnahme der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, da sich in dieser Organisation befänden, die von den Unternehmern ausgehalten würden. Der Achtstundentag sei vom Demobilisationsamt für die Gewerbebetriebe angeordnet, ohne die Angestellten zu erwähnen.

Lohmas hat den Eindruck, als ob man in Berlin es nicht so empfinde wie anderwärts, welcher Wirtswart hier bestehe. In der Resolution müsse auch zur Frage der Vergesellschaftung der Betriebe Stellung genommen werden. Auch sei erwünscht, wenn das „Correspondenzblatt“ der Gewerkschaftspresse eine Reihe kurzer Artikel zur Vergesellschaftungsfrage zur Verfügung stelle. Die Generalkommission sollte ferner ein gewerkschaftliches Nachrichtenbüro errichten. Endlich wünschte der Redner, die amwesenden Redakteure zu einer Konferenz zur Beratung über die Behandlung der gegenwärtigen Lage zu berufen.

Umbreit entgegnete, daß an einer solchen Konferenz alle Gewerkschaftsredakteure teilnehmen müßten. Eine gewerkschaftliche Korrespondenz sei bereits in Aussicht genommen. Das „Correspondenzblatt“ habe schon vor zwei Jahren eine Reihe von Artikeln über Verstaatlichungsvorschläge gebracht, nach dazu aus fachlich berufenen Kreisen. Gegenwärtig sei die Wirtschaftslage so zerrüttet, daß man in der Sozialisierungsfrage zu ganz anderen Ergebnissen gelangen müsse. Die Zustände in Berlin beweisen, daß verantwortliche Volksbeauftragte ganz unverantwortlichen Einflüssen unterliegen, wie Richard Müller im Fall Viechapel beweise. Das Verlangen nach Kontrollausschüssen für die Gewerkschaften sei ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit, den man den Gewerkschaften in den Zeiten der schwärzesten Reaktion des Adlers und Dittwignettes nicht zugemutet habe. Eine solche Beaufsichtigung sei mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Bauer wandte sich gegen das Verlangen Urbans nach Ausschaltung bürgerlicher Angestelltenverbände. Jede Vergewaltigung anderer Organisationen müsse vermieden werden.

Leipart versprach sich wenig von einem Protest gegen Übergriffe von Arbeiter- und Soldatenräten, sondern Erfolg habe nur die praktische Arbeit. Wir haben keine Ursache zum Pessimismus, denn wir hätten die Gewerkschaften so harken Zutritt gehabt wie gegenwärtig. Man könne den Arbeitern auch nicht verübeln, Lohnforderungen zu stellen. Die Gewerkschaftspresse müsse sich unausgesetzt mit praktischen Gewerkschaftsfragen befassen. Die Genossen sollten sich stets auf den praktischen Gewerkschaftsstandpunkt stellen, weniger Kritik üben, desto mehr über mitarbeiten, denn werde das Vertrauen zu den Gewerkschaften auch nicht erschüttert werden.

Secht wünscht, die Generalkommission möge auf die Partei einwirken, daß die in Berlin überhandnehmenden destruktiven Tendenzen zurückgedrängt würden.

Urban polemisierte gegen Bauer, der alle Beschwerden von angeblich vergewaltigten Sonderorganisationen gläubig hinnehme, ohne den anderen Teil zu hören.

Wismann (Bergarbeiter) erklärte, daß im Ruhrrevier von ausgedehnten Streiks keine Rede sei,

Die Förderung sei noch dieselbe wie vor der Revolution. Die Vergleiche wünschen nichts schlichter als die baldige Tagung der Nationalversammlung, damit bald Ruhe und Ordnung wiederkehre.

Kloß befürchtete von der revolutionären Lohnpolitik eine Beeinträchtigung der deutschen Volkswirtschaft, wodurch die Arbeiter selbst geschädigt würden.

Legien wies den Anspruch Urbans zurück, daß die bürgerlichen Angestelltenverbände von der Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen sein sollten. Dann müßten auch die übrigen Gewerkschaftsgruppen abgewiesen werden. Das würde aber wenig demokratiefeindlich sein. Er beurteilte auch jeden Zwang gegen Andersorganisierte, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Urbans Stellung in seinem Vorstand sei gewiß äußerst schwierig, aber wenn der Vorstand sich niemals gegen die Haltung seines Blattes verweigere, dann dürfe er sich nicht wundern, daß man ihn auch für den Inhalt des letzteren verantwortlich mache. Die Mitgliedschaften aus Maßnahmen der A- und C-Mächte werden schwinden, sobald die Reichsregierung durch das in Aussicht gestellte Gesetz die Befugnisse der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse für das ganze Reich geregelt habe. Die Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft müsse beschleunigt werden, damit nicht inzwischen in der Uebergangswirtschaft das bürokratische System wieder Platz greife. Urban gab eine Darstellung der Wirksamkeit des Zentralrates der Angestelltenverbände, der keinerlei Druck ausübe.

Die mit einigen kleinen Abänderungen angenommene Resolution lautet:

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erachtet in der von einzelnen Arbeiterräten beurteilten Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine ernste Gefahr sowohl für die deutsche Arbeiterklasse, als für unsere gesamte Volkswirtschaft. Die Arbeiterräte als politische Organe der Revolution sollten für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben die Gewerkschaften heranziehen, die in jahrzehntelanger Arbeit Erfahrungen gesammelt haben, die insbesondere bei der bevorstehenden Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige unentbehrlich sind. Auch die Einrichtungen der Gewerkschaften, insbesondere der gewerkschaftliche Organisationsapparat, sind unerläßliche Vorbereitungen für eine tatkräftige Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse. Werden diese durch lokale Arbeiterräte oder durch Betriebsausschüsse ohne jegliche Verantwortung vor der Gesamtarbeiterschaft ersetzt, muß das zu einer Launhaftigkeit unseres Wirtschaftslebens, und somit zur schwersten Schädigung sowohl der Arbeiter in der Heimat, als der aus dem Felde heimkehrenden Soldaten führen, die an Stelle von Arbeitsverdienst und Brot Arbeitslosigkeit und Not vorfinden. Auch die Errungenschaften der Revolution würden dadurch in Gefahr gebracht.

Die Konferenz appelliert daher an die organisierte Arbeiterklasse, der Ausschaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen entgegenzutreten. Die Gewerkschaften können nach wie vor die stärkste Gewähr für eine dauerhafte Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen.

Die Konferenz stimmte dann einmütig dem Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu. In der Einzelberatung des Satzungsentwurfes wurde § 1 (Zweck der Arbeitsgemeinschaft) mit einer kleinen Streichung angenommen. Unverändert fanden Annahme § 2 (Organe), § 3 (parteiliche Zusammensetzung und Leitung), § 4 (Zachgruppen, Gruppenausschüsse), § 5 (Untergruppen, Untergruppenausschüsse), § 6 (Wahl der Gruppenorgane) verlangt, daß für eine Vertretung der Minderheit Sorge zu tragen ist.

Legien berichtet, daß diese Fassung ein Entgegenkommen gegen die kleineren Gewerkschaftsgruppen bedeute, das indes den christlichen Gewerkschaften nicht genüge; dieselben forderten vielmehr ein Vertretungsrecht in allen Ausschüssen. Die Konferenz stimmte der vorgeschlagenen Fassung zu und sprach sich gegen jede weitergehende Fassung aus.

Weiter wurden die §§ 7 (Zentralausschuss, Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben) sowie 8 (Zentralvorstand, Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben) und 9 (Stimmen der Arbeitsgemeinschaft) unändert angenommen. Eine Erklärung über die erstmalige Zusammensetzung des Zentralausschusses wurde ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen. Die ganze Satzungsborlage fand einmütige Zustimmung. Der Zentralausschuss ist vorläufig als Arbeitnehmerseite durch je einen Vertreter der 8 an der Vereinbarung beteiligten Zentralen sowie durch je einen weiteren Vertreter der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Bauarbeiter gebildet. Eine längere Erörterung knüpfte sich an die Vereinbarung, wonach die höchstzulässige tägliche Arbeitsdauer 8 Stunden nicht überschreiten darf. Es ist vielfach versucht worden, die

tägliche Arbeitsdauer über diese Grenze auszuweiten, um den Sonnabendnachmittag von der Arbeit freizulassen. Zu einer Entscheidung in dieser Streitfrage kam die Konferenz nicht; vielmehr wurde die Regelung der freien Vereinbarung überlassen.

Dinsichtlich der Beitragszahlung an die General-Kommission wurde ein Antrag des Vorstandes des Bauarbeiterverbandes angenommen, der General-Kommission neben dem regelmäßigen Beitrag einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Kopf der Mitglieder zu zahlen.

Sodann machte Legien der Konferenz einige Mitteilungen über die innere Verwaltung der General-Kommission nach Eintritt einiger Angestellten in die Regierung, sowie nach Rückkehr mehrerer Angestellten aus dem Heeresdienste. Es sei eine Einschränkung der Sozialpolitischen Abteilung sowie des Zentral-Arbeiterssekretariats in Aussicht genommen. Dagegen solle eine Gewerkschaftskorrespondenz und Sozialpolitische Korrespondenz eingeführt werden. Genosse Wiffell soll aus dem Zentral-Arbeiterssekretariat in die Verwaltung der General-Kommission über-treten. Die Konferenz ist mit dieser Regelung ein-verstanden.

Im weiteren berichtete Legien, daß er zum Kontrollleur des Roten Kreuzes eingesetzt worden sei. Die General-Kommission habe ferner ein Flugblatt für Massenagitation herausgegeben, dessen Zweck in den Agitationsbezirken bewirkt werden soll, um den gegenwärtigen Transportschwierigkeiten Rechnung zu tragen. Schließlich stimmte die Konferenz der Aufhebung des im Antrage des Krieges beschlossenen Uebertrittsverbotes zu, doch soll bei den Uebertritten möglichst tolerant verfahren werden. Die Frage der Gewinnbeteiligung wurde bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt. Nach Erledigung einiger An-tragen fand die Konferenz ihren Abschluß.

Für unsere heimkehrenden Krieger.

Der Wiedereintritt der entlassenen Kriegsteilnehmer in die Krankenkasse.

Durch die Gesetzgebung und Rechtsprechung ist die Krankenversicherung in weitgehendem Maße den Bedürfnissen der Kriegsteilnehmer angepaßt worden. So hatten sie das Recht, nach der Einberufung zum Heeresdienste freiwillige Mitglieder ihrer Krankenkasse zu bleiben und solchenfalls bei Krankheit, Verwundung usw. die Kassenleistungen, wie z. B. Krankengeld, zu beziehen. Leider ist von diesen Möglich-keiten nur geringer Gebrauch gemacht worden. Für die gegenwärtige Demobilisierung von be- deutungsvoll ist die Bundesratsverordnung vom 28. Januar 1916. Nach dieser können alle aus dem Heeresdienste Entlassenen, die wegen des Eintritts in den Kriegsdienst ihre Kassenmitgliedschaft haben er-löschen lassen, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat wieder in die Krankenkasse eintreten, auch wenn sie eine versicherungspflichtige Beschäfti-gung nicht aufnehmen. Soldatenfalls sind sie als freiwillige Mitglieder zu behandeln. Die Kranken-tassen sind nicht berechtigt, diesen Wiedereintritt in die Kasse von einer ärztlichen Untersuchung abhängig zu machen. Somit ist der Beitritt auch Kranken und selbst erwerbsunfähigen Entlassenen gestattet. Sie haben sogar Anspruch auf die vollen Kassen-leistungen für derartige Untersuchungsfälle, die bei dem Wiedereintritt bereits vorhanden waren — so bestimmt die Bundesratsverordnung vom 16. No- vember 1916.

Der freiwillige Beitritt binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat steht auch solchen Kriegsteilnehmern offen, die schon vor Friedens- schluß wegen Verwundung oder Erkrankung als dienstuntauglich oder aus sonstigen Gründen ent-lassen wurden. Rückkehr in die Heimat liegt endlich auch vor bei einer längeren Beurlaubung. Gibt auch nicht jeder lange Urlaub das Recht zum Wiedereintritt in die Kasse, so doch ein längerer Urlaub, wenn der Beurlaubte sein bürgerliches Leben für längere Zeit wieder aufnehmen kann. Auch die Soldaten, die zur Arbeit beurlaubt werden, ohne deshalb aus dem Mil-itärvorverhältnis auszutreten, und die, weil sie Heeres-angehörige bleiben, nicht krankenversicherungs-pflichtig sind, haben das Recht, als frei-willige Mitglieder der Kasse beizutreten.

Manche Krankenkassen haben von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, einzelne Mehrleistun-gen, wie z. B. Familienhilfe, nur dann zu gewähren, wenn eine bestimmte Wartezeit erfüllt ist, d. h. wenn die Mitgliedschaft schon eine gewisse längere Zeit hindurch bestanden hat. Solche Entlassene, die diese Wartezeit vor Beginn der militärischen Dienstleistun-gen schon erfüllt hatten, brauchen sie nach Rückkehr in die Heimat nicht nochmals zurückzulegen. Sie treten sofort wieder in ihre alten Rechte ein. War die Wartezeit vorher erst teilweise erfüllt, so wird diese Zeit auf die neue Mitgliedschaft angerechnet, d. h. es ist nur der fehlende Rest nachzuführen, und zwar auch dann, wenn der Entlassene Mitglied einer anderen Kasse wird.

Aus unserem Beruf.

Rückgängigmachung der 46stündigen wöchentlichen Arbeitszeit beantragt der Verband Deutscher Buchbinderbesitzer, und zwar so schnell als möglich, in einem an unseren Verbandsvorstand gerichteten Schreiben vom 7. Dezember. Wie begründend ange-führt wird, soll der bezügliche Beschluß der gemein-samen Vorstandssitzung große Unruhe in Arbeitgeber-kreisen hervorgerufen haben, und die Ortsgruppen des V. D. B. Berlin, Leipzig, München und Stutt-gart erheben schärfsten Einspruch gegen den Beschluß. Ebenso die gemischten Betriebe, wodurch die ange-kündigte Arbeitsgemeinschaft der graphischen Berufe in die Brüche zu gehen drohe.

Eine Bekanntmachung des Demobilisierungsam-tes lasse es ausdrücklich zu, daß verkürzte Arbeitszeit an Sonnabenden durch eine Verlängerung der acht-stündigen Arbeitszeit an den übrigen fünf Wochen-tagen vorgeholt werde, während von den Arbeiter-vertretern solches für unzulässig erklärt worden sei in der gemeinsamen Sitzung. Die übrigen graphischen Arbeiter möchten gar nicht daran, die 46stündige wöchentliche Arbeitszeit zu fordern, wie das in der gemeinsamen Sitzung gleichfalls fälschlich behauptet worden sei.

Wir wollen unseren berufenen Körperschaften nicht vorgreifen bezüglich ihrer Stellungnahme zu dem obigen Verlangen und beschränken uns daher auf die sinngemäße Wiedergabe des betreffenden Schreibens, obgleich uns das Verlangen etwas sehr merkwürdig vorkommt.

Vereinbarung über Arbeitskürzung infolge der unbedingten Stromeinsparung von 30 Proz. in München. Zwischen den Vertretern des Buchdruck-erwerbes der Stadt München einerseits und den Vertretern der Gehilfenorganisationen andererseits wurde heute folgendes vereinbart:

- 1. Die Arbeitszeit wird als Provisorium bis Ende dieses Jahres ab Mittwoch, den 4. Dezember, be-ginnend für alle Buchdruckereien wie folgt fest-gelegt: An den Wochentagen Montag mit Freitag von 48 bis 12 Uhr vormittags und 1/2 bis 4 Uhr nachmittags. An den Samstag und den Vor-abenden von Weihnachten und Neujahr von 1/2 bis 11 1/2 Uhr vormittags.
- 2. Leiharbeitsarbeit ist ausgeschlossen.
- 3. Für die reinen Zeitungsbetriebe werden beson-derer Maßnahmen getroffen.
- 4. Sollte sich diese Maßnahme auf einen weiteren Zeitraum erstrecken, so ist mindestens acht Tage vorher eine gemeinsame Besprechung der Organi-sationen zu pflegen.

München, den 2. Dezember 1918.

- Verein Münchener Buchdruckerbesitzer E. R. G. Meißner, Vorsitzender.
- Verband der deutschen Buchdrucker.
- Joseph Söldner, zurzeit Vorsitzender.
- Verband der Buch- und Steindruckerei-Gehilfen.
- Albert Schmid, Vorsitzender.
- Deutscher Buchbinder-Verband, Zweigstelle München.
- Richard Faust, Vorsitzender.
- Graphischer Zentralverband.
- Franz Käseberg, Vorsitzender.

Aufruf an alle Papierverarbeiter, Kleinhandler und Papierverbraucher.

Der unterzeichnete Bund veröffentlicht in der „Papier-Zeitung“ den nachstehenden Aufruf:

Selbstverständliche Pflicht gegen unsere Heim-kehrenden Soldaten ist es, daß jeder Betrieb seine Angestellten und Arbeiter wieder einstellt; das ist das Geringste, das wir denen, die uns solange draußen verteidigt haben, schuldig sind. Selbstver-ständliche Pflicht ist es auch, in den kommenden schweren Tagen niemanden brotlos zu machen, also auch die Entlassung der Ertragsangestellten möglichst zu vermeiden und hinauszuschieben. Das legt allen Druckereien und Papierverarbeitungsfirmen un-gedehnte Opfer auf, die nur getragen werden können, wenn alle daran teilnehmen. Sollen die Fabriken weiter arbeiten, so bedürfen sie der Aufträge. Sie müssen ferner ihre vorräthigen Rohstoffe, auch wenn sie „Kriegsmare“ sind, verarbeiten, denn die jurid-kehrenden Soldaten müssen sofort Arbeit finden.

Die Papierkleinhandler und Papierverbraucher müssen ihren Teil dazu beitragen, indem sie erteilte Aufträge aufrechterhalten und neue Aufträge nicht zurückhalten. Die Fabriken werden schon ohnehin sehr stark auf eigene Gefahr auf Lager arbeiten müssen, um diese vermehrte Arbeiterzahl überhaupt zu beschäftigen. Gilt der Verbrauch und der Klein-handel aber jetzt in diesen kritischen Tagen mit Auf-trägen zurück, oder versucht er gar erteilte Aufträge zurückzugeben, so ist das Ausnehmen unserer zur-ückkehrenden Arbeiter unmöglich, und die Folgen sind nicht abzusehen.

Wir richten deshalb an die Mitglieder aller un-ferer Verbände die dringende Bitte:

Nehmt Eure heimkehrenden Arbeiter und An-gestellten ihrer Tapferkeit würdig auf und gebt ihnen sofort Arbeit, und an unsere Abnehmer:

Unterstützt uns hierbei mit aller Kraft; der Auftragsbezug darf keine Stockung erleiden.

22. November 1918.

Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verleges und der Papierverarbeitung.
Mag Krause, Vorsitzender.

Aus der russischen Hölle.

S. K. Ein bekannter Berliner Parteigenosse er-hielt auf Umwegen von einem russischen Freunde in diesen Tagen den folgenden Brief:

Teurer und verehrter Genosse!

Dieser Brief ist ein Schrei aus der tiefsten Not. In der höchsten Bein rufe ich Sie um Hilfe an, und wenn sie mir verweigert wird, so bin ich mit meiner ganzen Familie dem sicheren Untergang verfallen. Sie entsinnen sich gewiß noch, mit welchem Jubel und mit wie großen Hoffnungen wir vor 10 Monaten nach der Heimat abreisten. Wie stolz war ich damals auf Rußland, das den anderen Völkern mit dem Beispiel voranging, das blutige Kriegsjoch von sich löste und das gedrückte Arbeitervolk aus den Fes-seln des Kapitalismus befreite. Endlich sah ich den Traum meines Lebens in Erfüllung gehen, ich war glücklich, den Triumph der sozialistischen Ideen er-leben zu dürfen und die Margen eines besseren glücklicheren Daseins über dem ganzen Menschen-geschlechte erstrahlen zu sehen.

Mit welchen Gefühlen kam ich nach Petrograd! Und wie sind alle meine Hoffnungen gleich einer Seifenblase zerplatzt und zerstoßen. Heute habe ich keinen anderen Wunsch, als dieses Land so schnell wie möglich zu verlassen.

Helfen Sie mir, aus dieser Hölle herauszutom-men, und verschaffen Sie mir um jeden Preis eine Empfehlung an den hiesigen schwedischen Konsul, daß er mir und meiner Familie den Auslandspaß visiere; denn ohne diesen werden wir nach Schweden nicht bereingelassen. Ich weiß, daß es Ihnen bei Ihren Beziehungen ein Leichtes sein wird, mir eine solche Empfehlung zu erwirken. Aber verlieren Sie keinen Augenblick, denn das Leben ist hier unerträglich. Es fehlen mir die Worte, um das Elend und die Not, die hier herrschen, zu schildern. Der Hunger zehrt an den Erwachsenen und richtet Kinder und Greise zu-grunde. Mütter töten ihre Kinder aus Verzweif-lung, weil sie sie nicht mehr ernähren können. Die Zahl der Verhungerten und Obdachlosen wächst von Tag zu Tag. Alles besteht auf den Straßen um ein Stück Brot — werden doch für ein Pfund Brot bis zu 80 Rubel gefordert. Alles ist verendet, alle Fabri-ken stehen still, schon weiß Kohlenförderung und Koh-lenzufuhr fast völlig aufgehört haben. Eine persö-nliche Sicherheit gibt es überhaupt nicht mehr, man ist dem schlimmsten Elend und der größten Willkür zugleich ausgeliefert.

All dieses Unglück kann nicht allein die Folge des Krieges sein. Die extreme rücksichtslose Politik der Sowjetregierung hat vielmehr auch ihr Teil Schuld daran. Mit fieberhaftem Eifer ist sie daran-gegangen, die alte gesellschaftliche Ordnung zu stür-zen, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, die kapitalistischen Unternehmungen zu verstaatlichen und den Privatbesitz zu enteignen. Doch sie hat ihre Kraft nur im Verlöcher und Perzürmern bewährt, nicht in der Schaffung neuer Werte und Ordnungen. Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe sind lahmgelegt, die Arbeitslosigkeit wird von Tag zu Tag größer, ja, die wenigen noch beschäftigten Ar-beiter müssen trotz der künstlich in die Höhe ge-schraubten Löhne darben, weil die Teuerung immer noch rascher wächst als die fälschliche Löhnerhöhung. Die angeblich von sozialistischen Ideen durchdrungenen Soldaten der Roten Garde sind völlig korruptiert. Gemeine Genußsucht und Wundenwesen greifen be-drohlich um sich. Die Unzulässigkeit der Sowjet-regierung ist beispiellos, und wer nicht restlos mit ihr übereinstimmt, ist einer Tyrannei ausgeliefert, wie sie noch kein Herz ausgeduldet hat. Der neueste Trick der Bolschewiki besteht darin, daß sie Mütter mit Säuglingen als Geiseln festnehmen, damit die Väter sich ihnen stellen müssen. Nehm, mit dem Sozialis-mus, den wir zusammen studiert haben und für den wir beide in Begeisterung glühten, hat diese Wirt-schaft hier nicht mehr das mindeste zu tun.

Doch genug von unserem Elend. Ich bitte Sie nochmals inständig, sich meiner zu erbarmen. Denken Sie daran, daß jeder Tag hier eine neue Qual und Martyr ist. In schmerzhaftester Erwartung

ung Ihrer Hilfe bleibe ich mit den besten Partei- grüßen Ihr

Der Brief, dessen Original uns vorgelesen hat, wird demnächst auch in Faksimile veröffentlicht werden.

Ein treuer Freund in ernster Zeit ist ein gutes Buch.

Das werden alle diejenigen empfunden haben, die nach den aufregenden Ereignissen unserer Zeit zu einem guten Buche gegriffen haben. Wohl jagt eine Blattschrift die andere, wohl erscheinen neue Zeitungen mit spannendem Inhalt, allein das ge- reifte Verständnis für die volks- und weltbewegenden Fragen vermögen sie nicht zu geben, dazu bedarf es guter Bücher, die nicht nach dem Tageseffekt haschen, sondern die in leidenschaftsloser, sachlicher Weise die behandelten Gegenstände von allen Seiten unter- suchen. Darum lest gute volkswirtschaftliche Bücher, und nicht nur einer Parteirichtung, sondern aller Parteirichtungen.

Aber nach des Tages Arbeit, nach den aufregen- den Zeiterlebnissen, nach den Nöten und Entbeh- rungen, welche so reichlich leider die letzten Jahre und auch noch die jetzige Zeit mit sich bringen, ist es eine Wohlthat für die aufgeschreckten Nerven und das rastlos arbeitende Gehirn, wenn ein gutes unter- haltendes Buch uns einen Ruhepunkt in der Erschei- nungen Flucht gibt, wenn sich Herz und Gemüt an dem reinen Quell guter Literatur erbauen können. Unsere Bibliothekbibliotheken bieten die Ge- legenheit, aus guten Büchern lernen und an ihnen sich erbauen zu können. Mögen recht viele unserer Kollegen und Kolleginnen, besonders in den jetzigen Wintermonaten und bei der verkürzten Arbeitszeit, davon recht regen Gebrauch machen.

Berichte.

Lahr. Am Samstag, den 30. November, hielt die Zahlstelle eine sehr gut besuchte Mitgliederver- sammlung im Badischen Hof ab. Kollege Wohner richtete herzliche Worte des Dankes an die zahlreich erschienenen Kollegen, die nach 4jähriger Abwesen- heit im Felde heute zum ersten Male wieder in großer Zahl die Versammlung besuchten. Mit ehrenden Worten gedachte er der vielen gefallenen Kollegen, deren Andenken die Versammlung durch Aufstehen ehrte. Dann begrüßte Redner noch die zahlreich erschienenen Kolleginnen, die sich in den letzten Tagen uns angeschlossen hatten. Hierauf wurde die Ortsverwaltung neu gewählt. Die we- nigen Kollegen, die während der Kriegszeit die

Verbandsarbeiten gemacht hatten, gaben dem Wun- sche Ausdruck, daß nunmehr wieder eine regelrechte Verwaltung gewählt werden möchte. Unsere alten erprobten Kollegen wurden einstimmig wieder in die Verwaltung gewählt. Als Vorsitzender: Wuhjäger, Schriftführer: Bauer, Beisitzer: Bohnert, Weidinger und Fr. Schneider. Als Ratelbelegierte: Dürr, Bohnert, Steiert und Fr. Schmieder. Ueber Agi- tation referierte Kollege Dürr. Durch Werkstube- verjamminungen haben wir in den letzten Tagen einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeich- nen. Wenn die Lohnverhältnisse während des Krie- ges sich auch etwas gebessert hätten, so sei doch in keiner Weise den verteuerten Lebensverhältnissen Rechnung getragen worden. Insbesondere die Teuerungszulagen seien hier mehr als bescheiden. Die beste Zeit habe die Kollegenschaft allerdings ver- schlafen; doch sei bei einigem Zusammenhalten noch manches nachzuholen. Der lebhafteste Beifall sowie zahlreiche Anmeldungen zum Verbands beweisen, wie sehr der Referent den Anwesenden aus der Seele gesprochen. Nach Erlebigung mehrerer lokaler Punkte wurde die anregend verlaufene Verjammin- gung von Vorsitzenden mit der Aufforderung zu tat- kräftiger Mitarbeit geschlossen.

Rundschau.

Gegen die willkürliche Regiererei der Arbeiter- und Soldatenräte wandte sich in einem Aufsatz des „Vorwärts“ der Unterstaatssekretär des Reichsernäh- rungsamtes Robert Schmidt, indem er eine ganze Reihe von Fällen anführte, wie durch solche Ein- griffe die Ernährung des Volkes gestört, ja schließ- lich ganz unmöglich gemacht würde.

Auch die Tabakarbeiterverbände — freier, christ- licher und kirchlich-demokratischer — wenden sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen solche Zielregiererei, wodurch die gerechte Verteilung der Tabakbestände und die gleichmäßige Beschäftigung der Tabakarbeiter unmöglich gemacht werde. Es wäre zwar anzuneh- men, daß die A.- und S.-Räte in Unkenntnis der Sachlage handelten, aber gerade deswegen müsse da- gegen Stellung genommen werden, weil die Regie- lung einheitlich und sachverständig geschehen müsse.

Die Liste der Klagen über die A.- und S.-Räte könnten wir ins Unendliche fortsetzen, wir sehen aber davon ab und begnügen uns mit dem dringen- den Eruchen an die A.- und S.-Räte, die wirtschaft- lichen Aufgaben den Gewerkschaften zu überlassen.

Es ist höchst bedauerlich, daß die Wahl zur Nationalversammlung bis zum 16. Februar ver- schoben worden ist, sie hätte sehr wohl Anfang Ja- nuar stattfinden können und müssen, damit wir in

Deutschland bald zu einer staatlichen Ordnung kommen.

Gewaltige Fortschritte der deutschen Gewerkschaf- ten. Auch die bisher gleichgültigen oder furchtsamen Arbeiterkategorien sind durch die Revolution aufgerüt- telt. Die deutschen Gewerkschaften machen in dieser Zeit gewaltige Fortschritte. Das Berliner Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte in einer einzigen Woche 18 000 Beitritte zu verzeichnen. Auch andere Berliner Gewerkschaften haben es im Verhält- nis zu der Zahl der Berufsangehörigen auf ähnliche Anmeldeziffern gebracht. In der Berliner Zahlstelle unseres Verbandes sind im 4. Vierteljahr bis jetzt schon 4000 Aufnahmen erfolgt. Verhältnismäßig ebenso hohe Beitritte werden aus vielen anderen Zahlstellen gemeldet.

Adressenänderungen.

Abresen der Bevollmächtigten und der Kassierer. B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Bielefeld. B.: O. Sergt, Eggenweg 49. K.: A. Brinkhoff, Altenstr. 32 III (Reiseunterstützungsaus- zahl: O. Hornmann, Schulstr. 20, Volkswacht). Ludenwalde. B.: O. Hannemann, Dessauer Str. 24. K.: A. Kretschmar, Rankenstr. 16. Lübeck. B.: G. Starf, Hanjstr. 160 II. K.: A. Bernshärgig, Lilienstr. 9. Wiesbaden. B. und K.: J. Stort, Richlstr. 13, Mittelbau I.

Literarisches.

Ein guter Freund der Arbeiter, der „Arbeiter- Notizkalendar“ für 1919, ist soeben erschienen. Das Gleich auf der ersten Seite begrüßt uns das Bild eines alten Freiheitsmannes und Kämpfers des Sozialismus, des Dichters Albert Dufk. Aus dem reichhaltigen Inhalt sei besonders hingewiesen auf einige kleine Aufsätze: 1. „Leber das Gedächtnis“, 2. „Schutz dem Auge“, 3. „Schützt Euch vor Ruhr“. Neben den Adressen der Partei- und Gewerkschaf- tverbände, der sozialdemokratischen und Gewerkschaf- tressen Deutschlands, der deutschen und der inter- nationalen Gewerkschaftssekretariate, der Gewer- schaftshäuser, der gewerkschaftlichen Landeszentralen, enthält der Kalender Tabellen für Einnahmen und Ausgaben, Notizblatt für Personalien, Eisenbahn- fahrtspreise, Gepäcktarif, Postgebühren, Münztabelle und Zentimetermaß.

Preis 1,50 Mk., Porto 10 Pf., erhältlich in jeder Parteibuchhandlung und vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

ANZEIGEN

Unserer lieben Kollegin **Sufanna Böhmlein** zur Vermählung mit Herrn **Julius Schurz** die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen u. Kolleginnen der Firma August Herzig, Frank- furt a. M.

Zahlstelle Magdeburg. Am 25. November verstarb nach längerer Krankheit, unser lang- jähriges Mitglied, der Kollege **Viktor Schankow** im Alter von 51 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.

Buchbinder vor Kriegsausbruch 15 Jahre im kauf- männischen Betriebe tätig, sucht Ver- tretung im Buchbindermaterial usw. Offerten unter **S. M.** an die Geschäfts- stelle dieser Zeitung.

Buchbindermaschinen, Material kauft, verkauft **Otto Müller, Berlin S 42, Wasserlorenzstr. 34, Am Moritzplatz 5522.** **Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse** in unserem Beruf. Zum Preise von 1,30 Mk. zu beziehen von **E. Hauelsen, Berlin C. 59, Urbanstraße 63 I.**

Wer verkauft **Buchbinderei-Einrichtung** oder richtet Buchbinderei ein? Gefällige Offerten mit Preisangabe an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter **L. J.**

Anzeigen finden nur Aufnahme nach vor- heriger Einsendung des Betrages.

Gratis erhält die Schrift „Wie ich mich 77 Jahre ferngehend und jung und ohne Geld im Schlaf erholte“, nur beide Bücher gratis. **Erdenelend, Tote leben!** Bestenfalls lesen durch die neuen Erkenntnisse. Inhalt: Auszug: Pö- nitz für die heimkehrenden Krieger. Grundzüge einer neuen Gesundheitslehre. Der Staat geht jedem Menschen ein ausreichendes Gehalt an Bedienung. Nur ist die dreifache Arbeitszeit für alle. Was aber trotz Liebe u. Nächste, Freuen- empfindung, Vermehrung u. Anstalt u. S. d. G. u. S. Eine Sign ist schon gesendet, und beherrscht das Jenseits. Mit 25 Selbstphotographien. Inhalt: Auszug: Spiritismus, Geisteserscheinungen u. T. d. R. d. R. Versteht mit Vorwissen. Welcher be- antworten Fragen. Gedanken und dem Tode. Zimmernoten einer Gemahlin u. Preis je 4 Mk. geb. 6 Mk., Porto je 20 Pf. Zu bez. v. Bly Genetierung- Dresden-Radebeul, Bly Verlag, Leipzig, u. alle Buchh. Kaufh. Postpost für

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel kleben nur noch mit **Wiril Klebstoffen** (D. R. P. a.) **Glänzende Begutachtungen.** Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegs- wichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten **Chemisch-technische Werke Willybald Richter** Leipzig, Querstrasse 4—6, Telephon 3049. Telegramm-Adresse: Wirilwerke.